**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Jugend und Soziales		Drucksachen-Nr. 642/2008
Beschlussvorlage		☒ Öffentlich
		☐ Nichtöffentlich
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Jugendhilfeausschuss	18.11.2008	Beratung
Rat	16.12.2008	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

**Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten
hier: Ergänzung der Regelung zur Übernahme der 10% Eigenleistung beim
Bundesprogramm zum Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren**

Beschlussvorschlag:

@->

Die Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten werden in Punkt 11.2 in der Weise ergänzt, dass die 10 %ige Eigenleistung beim Bundesprogramm zum Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren nach Prüfung des Einzelfalles auch aus ggf. vorhandenen GTK-Rücklagen zu erbringen ist.

<-@

Sachdarstellung / Begründung:

@->

Für die Jahre 2008 und 2009 waren entsprechend dem Landeserlass vom 09.05.2008 Investitionskostenförderungsanträge im Rahmen des Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes / Bundes-Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ bis zum 29.08.2008 dem Landesjugendamt vorzulegen. Mit Schreiben vom 02.09.2008 – also nach Ablauf der Antragsfrist – weist das Landesjugendamt darauf hin, dass der vom Bund und Land geforderte 10%ige Eigenanteil auch aus eventuell vorhandenen Rücklagen der Träger aus der GTK-Finanzierung oder anderen Trägermitteln erfolgen könnte. Der zuständige Abteilungsleiter des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) erklärte ergänzend mündlich im Arbeitskreis Kinder- und Jugendhilfe der kommunalen Spitzenverbände, dass eine Finanzierung der ungedeckten Investitionskosten grundsätzlich auch über die entsprechenden Kindpauschalen nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) erfolgen könnte.

Die Verhandlungen mit freien Trägern der Jugendhilfe in Bergisch Gladbach waren fristgerecht - und damit ohne Kenntnis der zusätzlichen Finanzierungswege – abgeschlossen. Den Trägern wurde die Übernahme der restlichen 10 % aus städtischen Haushaltsmitteln zugesagt – entsprechend der Regelung in den städtischen Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten (Ratsbeschluss vom 24.04.2008; Punkt 11.2).

Die städtischen Richtlinien sehen bereits vor, dass künftige Umbau- und Sanierungsmaßnahmen aus den Rücklagen nach GTK – soweit vorhanden – zu finanzieren sind (s. Punkt 11.3 der Richtlinie). Der Landesgesetzgeber lässt auch die Auflösung dieser Rücklagen zugunsten ungedeckter Betriebskosten zu.

Nach den derzeitigen Erkenntnissen der Verwaltung des Jugendamtes dürfte ca. ein Drittel der Träger, die Mittel aus dem Bundesförderprogramm beantragt haben, über GTK-Rücklagen mit mehr als 10.000 € verfügen. Einzelheiten hierzu lassen sich aber erst prüfen, wenn die Träger bis zum 31.10.2008 ihren Verwendungsnachweis für die Betriebskosten Januar 2007 bis Juli 2008 vorgelegt haben.

Der Bürgermeister empfiehlt, den zweiten Satz unter Punkt 11.2 der städtischen Kindertagesstätten-Richtlinien

„Werden einem Träger aufgrund des Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes Zuschüsse aus dem Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ gewährt, so sind dadurch 90 % der angemessenen Bau- und Einrichtungskosten gedeckt. Die verbleibenden 10 % der angemessenen Kosten trägt das Jugendamt.“

wie folgt zu ergänzen:

„Die verbleibenden 10 % der angemessenen Kosten trägt das Jugendamt, soweit sie nicht vom Träger aus Rücklagen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder („GTK-Rücklage“) gedeckt werden können. Bei der Prüfung des Einzelfalls, ob Rücklagenmittel bzw. in welcher Höhe eingesetzt werden können, hat die Verwaltung des Jugendamtes die Gesamtsituation des Trägers und die künftige Entwicklung der Kindertagesstätte zu berücksichtigen. Widerspricht der Träger der Ermessensentscheidung der Verwaltung, entscheidet der Jugendhilfeausschuss.“

<-@